

„Bis zu **75.000** Asylbewerber pro Jahr gesellschaftlich verkraftbar“

Die Unionsfraktion warnt Innenminister Seehofer, sich auf eine dauerhafte Umverteilung von Migranten in der EU einzulassen. Aufnahmezentren in Afrika seien „unbedingt erforderlich“

VON MARCEL LEUBECHER

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), steckt vor den Verhandlungen von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) mit seinen EU-Kollegen über die Migrationspolitik rote Linien ab. Viele Abgeordnete waren verärgert über Seehofers Zusage, ein Viertel der im Mittelmeer aufgegriffenen Bootsflüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Ein Gespräch über das neue europäische Asylsystem.

WELT: Herr Frei, Horst Seehofer wirbt für eine große Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das Aktuelle sieht theoretisch geringe Lasten für Deutschland vor – praktisch sind wir wegen starker unerlaubter Weiterwanderung aber Hauptzielland. Begrüßen Sie die neuen Umverteilungspläne?

THORSTEN FREI: Ich habe nichts gegen neue Vorschläge für ein funktionierendes europäisches Asylsystem, weil ich die Defizite des Bestehenden kenne. Aber eine Umverteilung innerhalb Europas wirft immer die Frage auf, nach welchen Kriterien auf welchen Staat umverteilt werden soll. Ein Mechanismus, der dazu führt, dass die 1,5 Millionen Antragsteller, die Deutschland seit 2015 aufgenommen hat, sich in Ankerpersonen verwandeln und weitere Antragsteller nachziehen, ist für die Unionsfraktion unter keinen Umständen zustimmungsfähig. Den Plan, Neuankommlinge von den EU-Außengrenzen dorthin zu bringen, wo Verwandte leben, hat bereits einmal das EU-Parlament formuliert. Da kann ich nur sagen: nicht mit uns.

Bisher reisen viele irgendwann illegal nach Norden weiter, nach einer Reform würden sie ganz legal umverteilt, wo ist das Problem?

Wenn man Griechenland oder Italien ganz offiziell sagt „Ihr seid nur für einen kleinen Teil der zu euch kommenden Migranten zuständig“, erhöht das den Anreiz für diese Staaten, den Grenzschutz schleifen zu lassen und durchzuwinken. Eine gute europäische

Asylpolitik beginnt mit einem wirksamem Außengrenzschutz und raschen Verfahren in den Ankunftsstaaten. Jede Reform auf europäischer Ebene muss zudem die rechtliche Klarheit schaffen, dass Deutschland an seinen Grenzen zurückweisen kann.

In der Union regt sich Widerstand gegen die Bereitschaft Seehofers, jeden vierten im Mittelmeer geretteten Bootsmigranten nach einer festen Quote nach Deutschland zu bringen. Können Sie das nachvollziehen?

Dieser Notfallmechanismus sieht vor, dass wir bei einem Anstieg der aktuell sehr geringen Zahlen jederzeit aussteigen können. Er ist mit Sicherheit keine

langfristige Lösung, doch mit ihm wird das unwürdige Geschacher beendet, das nach jeder Seenotrettung in den vergangenen Monaten auf europäischer Ebene einsetzte. Wir wären jedoch nicht klug beraten, langfristig einen Anteil X von einer unbekanntem Größe aufzunehmen. Es kann auf Dauer auch nicht zielführend sein, Menschen, die an den Küsten ankommen, durch Europa zu fahren, bis dann irgendwann festgestellt wird, ob ein Schutzgrund besteht.

Also soll die Schutzbedürftigkeit aller Migranten an den Außengrenzen geprüft werden?

Die Frage der Bleibeperspektive muss in einem neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem am Rande Europas entschieden werden, noch besser außerhalb Europas auf sogenannten Ausschiffungsplattformen. Hier geht es darum, die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Juni 2018 tatsächlich anzugehen und umzusetzen. Das halte ich für die dringlichste Aufgabe, wenn wir über eine Neuordnung des europäischen Asylsystems sprechen. Die neue Europäische Kommission muss sich rasch an diese Arbeit machen.

Aktuell gibt es dahingehend gar keine Anstrengungen, haben die Ausschiffungsplattformen noch eine Chance?

Es ist ungeheuer schwierig, aber unbedingt erforderlich, einen nordafrikanischen Staat dafür zu gewinnen. Wo ein starker gemeinsamer europäischer Wille ist, wird auch ein Weg sein, endlich auf afrikanischem Boden solche Zen-

tren mit europäischen Menschenrechtsstandards zu betreiben.

Der ehemalige EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani sprach von sechs Milliarden Euro, die es kosten würde, einem dieser Staaten die Erlaubnis abzukaufen, auf seinem Staatsgebiet aus Seenot gerettete Migranten betreuen zu dürfen.

Ohne über diese konkrete Zahl urteilen zu wollen: Auch ein Milliardenbetrag wäre gut investiert, weil wir dadurch deutlich höhere Ausgaben für sich unberechtigt in Europa aufhaltende Migranten vermeiden würden.

Wie viele Asylbewerber könnte Deutschland denn ungefähr aufnehmen, falls eine EU-Quote kommt?

In Notzeiten haben wir uns in der Koalition einmal auf 200.000 verständigt, keinesfalls darf das zu einer dauerhaften Größenordnung werden. Dieser äußerste Krisenrichtwert ist kein Kontingent, das Deutschland jährlich im Rahmen von EU-Quoten aufnehmen könnte. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass in Deutschland jährlich 780.000 Kinder geboren werden, wäre es nicht akzeptabel, dauerhaft ein Viertel der Bevölkerung allein durch das Asylverfahren aufzunehmen.

Welcher Richtwert wäre akzeptabel?

Ziel unserer Politik muss eine Rückführung der Anträge auf eine Größenordnung sein, wie wir sie vor der Migrationskrise hatten. Zwischen 2004 und 2011 kamen im Durchschnitt rund 50.000 Asylbewerber jährlich. Ein Richtwert von höchstens 50.000 bis 75.000 Asylbewerber pro Jahr wäre gesellschaftlich verkraftbar. Jeder, der es wissen möchte, kann übrigens in den Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union nachlesen, dass von allen in Europa angekommenen Asylbewerbern Deutschland seit 2010 jedes Jahr mehr aufgenommen hat, als es unserem Bevölkerungsanteil an der EU entspricht. Im angeblich „im Stich gelassenen“ Italien ist es bis auf zwei Ausnahmejahre genau umgekehrt gewesen! Ganz abgesehen davon, dass viele der Antragsteller weiterziehen. Eine Neuordnung des europäischen Asylsystems muss sicherstellen, dass sich weniger und nicht noch mehr Migranten im

Norden niederlassen.

Aktuell bereitet die Ostroute die größten Sorgen. Wie löst man denn das Grundproblem, dass europäische Schiffe aufgegriffene Migranten nicht zurück in die Türkei bringen dürfen?

Wir brauchen mehr Konsequenz in der Ägäis. Entweder muss die türkische Küstenwache sich hier noch stärker bemühen, oder es muss möglich werden, dass Frontex Bootsflüchtlinge zum türkischen Ufer zurückbringt. Im Zweifel muss dafür eine neue rechtliche Grundlage geschaffen werden. Ich habe bei Gesprächen in der Türkei in der vergangenen Woche auch erfahren, dass Frontex in der Ägäis auch als Pull-Faktor wir-

ken kann. Mir haben Gesprächspartner Situationen geschildert, in denen aufgegriffene Migranten von den Schiffen der türkischen Küstenwache gesprungen und in Richtung der Frontex-Schiffe geschwommen seien, um auf die griechischen Inseln gebracht zu werden. Das kann kein Zustand für die Zukunft sein. Ideal wäre es, wenn alle, die in der Ägäis aufgegriffen würden, an die türkische Küste zurückgebracht würden. Dann würde man die Wirkung erzielen, die das EU-Türkei-Abkommen haben soll, nämlich die irreguläre Migration zu beenden.

Die türkische Regierung will zwei Millionen Syrer zur Rückkehr nach

Nordsyrien bewegen. Bisher lehnen die EU-Staaten die Bitte der Türken um Beteiligung beim Aufbau von Infrastruktur in einer sicheren Zone ab. Es wird ein schwieriges Unterfangen, eine sichere Zone in Nordsyrien aufzubauen. Man sollte das aber nicht in Bausch und Bogen ablehnen. Falls dort gewisse Sicherheitskriterien eingehalten würden, wäre das in unserem Interesse. Die Türkei hat ein großes Problem mit rund vier Millionen Migranten in ihrem Land, von denen wir nicht wollen, dass sie nach Europa kommen und dann nach Deutschland weiterreisen.